

II—1687 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 882/J

1976 -12- 15

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. SCHMIDT, ZEILLINGER
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Anhäufung von Raubüberfällen in der ersten Dezember-Hälfte -
Engpaß im Personalstand der Exekutive

Die Anhäufung bewaffneter Raubüberfälle auf Banken und Sparkassen, die in der ersten Dezember-Hälfte registriert werden mußte, bedeutet ein überaus ernstes Alarmsignal, welches die Forderung, solche Institute durch bewaffnete Posten der Exekutive verstärkt zu bewachen, in jeder Hinsicht gerechtfertigt erscheinen läßt.

Umso befremdlicher ist es, daß eine derartige Maßnahme vom Bundesministerium für Inneres abgelehnt wird. Der Hinweis auf die bekannten Personaleinsparungen, mit denen man diese Haltung zu begründen versucht, zeigt, daß sich die für die öffentliche Sicherheit verantwortlichen Stellen des Ernstes der Situation noch immer nicht bewußt sind.

Daß die im Dienstpostenplan 1977 vorgesehenen Personaleinsparungen auch für den Bereich der Exekutive verfügt wurden, verdient schärfste Kritik; dies insbesondere von seiten der FPÖ-Nationalratsfraktion, die - verantwortungsbewußt und in berechtigter Sorge um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit - im Sommer des Jahres gemeinsam mit der Regierungsfraktion für das Bundesgesetz gestimmt hat, mit dem Änderungen des Dienstpostenplanes 1976 genehmigt wurden. Die dadurch ermöglichte Aufstockung der Dienstposten im Personalstand der Exekutive hat die Bundesregierung durch die in Rede stehende Kürzung im Dienstpostenplan 1977 zunichte gemacht. Somit erweist sich die seinerzeitige Aufstockung als Täuschung der Öffentlichkeit bzw. als eine Irreführung des Parlamentes.

- 2 -

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

1. Warum wurden von Ihrer Seite nicht nachdrücklichst Bedenken gegen die Kürzung des Dienstpostenplanes im Personalstand der Exekutive geltend gemacht?
2. Zu welchen Schritten sehen Sie sich angesichts der jetzigen prekären Situation, in der sich diese Kürzung mit besonderer Deutlichkeit als Fehlleistung erweist, veranlaßt?

Wien, 1976-12-15